

6000 europäische Juden fordern das Ende der Siedlungspolitik¹

In einer Petition, die am 03. Mai 2010 im Europäischen Parlament übergeben wird, forderten dreitausend europäische Juden das Ende der israelischen Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem und in der Westbank. Zu den Unterzeichnern des Briefes von „JCall“ – in Anlehnung an die US-amerikanische Friedensorganisation „J Street“ – gehören Bernard-Henri Levy, Alain Finkielkraut und Daniel Cohn-Bendit. Die Siedlungspolitik sei moralisch und politisch falsch und fördere den Prozess der Delegitimierung Israels in der Welt, heißt es in der Petition. Die neue Bewegung gehöre keiner Partei an. Ihr Ziel sei die Sicherung der Existenz Israels als jüdischer und demokratischer Staat. Das werde aber nur dann geschehen, wenn ein souveräner und lebensfähiger palästinensischer Staat entstehe.

Appell an die Vernunft²

Wir sind europäische Bürger jüdischer Herkunft, die aktiv in das politische und gesellschaftliche Leben unserer jeweiligen Länder involviert sind. Was immer auch unsere persönliche Agenda sein mag, ist die Verbindung mit dem Staat Israel Teil unserer Identität. Die Zukunft und Sicherheit dieses Staates, mit dem wir unverbrüchlich verbunden sind, besorgt uns sehr. Wir stellen fest, dass die Existenz Israels erneut gefährdet ist. Die Gefährdung von außen ist nicht zu unterschätzen, doch ist diese nicht die einzige Gefahr. Eine Gefährdung liegt auch in der Besetzung und in dem Auf- und Ausbau der Siedlungen im Westjordanland und in den arabischen Vierteln Ost-Jeruselems, die ein moralischer Fehler und ein politischer Irrtum sind und die u. a. zu dem inakzeptablen Vorgang der Delegitimierung Israels als Staat führen.

¹ Avi Issacharoff, Nir Hazon, Akiva Eldar und Natascha Mosgowa: 3000 jüdische Intellektuelle fordern das Ende der Bautätigkeit in Jerusalem, in „Haaretz“ 02.05.2010 (Hebr.).

² Link www.jcall.eu mit der aktuellen Liste der Unterzeichner.

Aus diesem Grunde haben wir beschlossen, uns basierend auf folgender Grundlage zu engagieren:

1. Die Zukunft Israels bedingt notwendigerweise die Schaffung des Friedens mit dem palästinensischen Volk und die Gründung eines palästinensischen Staates gemäß dem Prinzip «zwei Staaten für zwei Völker». Wir alle sind uns dessen bewusst, dass dieses Anliegen dringend ist. Bald wird Israel sich mit zwei katastrophalen Alternativen konfrontiert sehen: Entweder werden die Juden eine Minderheit in ihrem eigenen Land sein oder es wird im Lande ein Regime entstehen, das Israel beschämen und die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschwören wird.
2. Es ist daher von größter Wichtigkeit, dass die Europäische Union gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika Druck auf beide Parteien ausübt und ihnen hilft, eine vernünftige und schnelle Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erreichen. Trägt doch Europa angesichts seiner Geschichte die Verantwortung für diese Weltregion.
3. Die endgültige Entscheidung liegt bei den Israelis, dennoch soll die Solidarität der Juden weltweit die Israelis dazu ermutigen, die richtige Entscheidung zu treffen. Die systematische Identifizierung mit der Politik der israelischen Regierung ist gefährlich, weil sie im Gegensatz zu den echten Interessen des Staates Israel stehen kann.
4. Wir möchten eine europäische Bewegung gründen, die die Stimme der Vernunft zum Ausdruck bringt. Diese Bewegung möchte über den traditionellen Meinungsverschiedenheiten stehen und setzt sich die Zukunft Israels und seine Koexistenz mit einem souveränen und lebensfähigen palästinensischen Staat zum Ziel.

In diesem Geiste rufen wir dazu auf, unseren Appell zu unterschreiben.

Bis Mitte Mai ist die Zahl der Unterzeichner dieser Petition auf sechstausend gestiegen.
